

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen

Obwohl die Forderungen der Städte und Gemeinden nicht vollständig erfüllt wurden, konnten sowohl bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe als auch bei der Gewerbesteuer durch die Beschlüsse des Vermittlungsausschusses aus Sicht der kommunalen Familie, Fortschritte erzielt werden.

Das derzeit geltende Gewerbesteuerrecht bleibt bestehen; Umgehungstatbestände bei der Gewerbesteuer werden weiter eingeschränkt.

Die Gewerbesteuerumlage wird auf das Niveau vor der Unternehmenssteuerreform abgesenkt.

Diese gesetzlichen Veränderungen bringen Lüdenscheid bereits für das Jahr 2004 mehr als 2 Millionen € Mehreinnahmen.

Diese kurzfristige und dringend notwendige Finanzhilfe ist aus Sicht der SPD Ratsfraktion aber keinesfalls ein Ersatz für eine durchgreifende Reform der Gewerbesteuer. Im Gegensatz zu Herrn Merz und der CDU wollen wir diese kommunale Steuer nicht abschaffen, sondern zu einer Gemeindefinanzsteuer weiterentwickeln.

Lüdenscheids CDU agiert hier etwas unübersichtlich: Die Herren Bartholomay und Schmidt haben auf dem Städtetag die kommunalen Forderungen nach Verbesserungen bei der Gewerbesteuer im vorher genannten Sinne unterstützt. Die CDU Fraktion im Rat der Stadt Lüdenscheid sah sich allerdings zu einer inhaltlichen Diskussion zu diesem Thema nicht in der Lage. Der CDU Bundesparteitages beschließt Anfang Dezember 2003 die faktische Abschaffung der Gewerbesteuer. Dies aber hätte für den Haushalts der Stadt Lüdenscheid äußerst negative Auswirkungen. Denn die Gewerbesteuer ist die größte Einnahmeposition im Verwaltungshaushalt, die mehr als ein Viertel der Einnahmen ausmacht. Angesichts dieser Ausgangslage kann ich das schamhafte Schweigen der Kollegen der CDU und ihres Bürgermeisters verstehen, unter verantwortlicher Politik im

Interesse der Stadt Lüdenscheid stelle ich mir jedoch etwas anders vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

**neben diesen wichtigen äußeren Faktoren gibt es in diesem Haushalt einige bemerkenswerte Positionen, die für die städtischen Finanzen von Bedeutung sind. Beispielsweise die Kostensteigerungen bei der Fremdunterbringung von Minderjährigen und Tagesgruppen in Höhe von über 400.000 €
Natürlich muss jeder Jugendliche die notwendigen Hilfen erhalten, aber gerade in der intensiveren Hilfe für Familien liegt die Chance, Kostensteigerungen zu vermeiden.**

Aber auch Mehrkosten, die aus verständlichen Gründen nicht thematisiert werden, die durch die lange Verzögerung bei der Entscheidung für den Standort des neuen Archivs entstanden sind, sind mehr als ärgerlich. (Mehrkosten für die Zwischenunterbringung).

Ein Ärgernis von noch größerer Dimension sind die jährlich wiederkehrenden Defizite bei den Rettungsdienstgebühren in Millionenhöhe.

Ich ermutige unser RPA ausdrücklich, durch eine gezielte Sonderprüfung Vorschläge zu erarbeiten, wie wir diese Fehlentwicklungen zukünftig verhindern können.

Nun zu den Personalkosten. Es ist schon erstaunlich, dass der Effekt der Arbeitszeitverlängerung der städtischen Beamten so lange schlecht gerechnet wird, bis er gegen Null tendiert.

Andererseits gerieten die himmelsstürmenden Löhne der städtischen Reinigungskräfte ins Visier der Sparer in der Verwaltungsspitze und der CDU geführten Mehrheit.

Soziale Symmetrie beginnt bei der gegenwärtigen Ratsmehrheit offensichtlich erst von Besoldungsgruppe A 9 an aufwärts. Wir von der SPD und ich als Person stehen jedenfalls für ein Personalpolitik, die nicht nach dem Motto verfährt, bei „Indianern sparen“, aber bei den Häuptlingen Nachsicht üben. Das sozial ausgewogene Lösungen und Leistungsverbesserungen im Reinigungsdienst kein Gegensätze sein müssen, zeigt sich beim

Märkischen Kreis. Auch Personalausweitungen, bequem finanziert durch Erhöhung der Gebühren für die Straßenreinigung. z.T. von über 10 %, auf Kosten aller Bürger unserer Stadt, sind nicht akzeptabel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die verständliche Angst vieler Bürger um ihren Arbeitsplatz, sind das wichtigste Problem für die Menschen auch in unserer Stadt. Trotz eingeschränkter Handlungsmöglichkeiten müssen wir versuchen, vernünftige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen.

Die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze bei der Stadt Lüdenscheid und ihren unterschiedlichen Töchtern ist eine wichtige Aufgabe in diesem Zusammenhang.

Nur wenn wir als Stadt Lüdenscheid in unseren Gesellschaften weiterhin dominierenden Einfluss haben, können wir zukunftsweisende Entwicklungen mit sozialen Gestaltungsmöglichkeiten verbinden. Dies hat sich im vergangenen Jahr gezeigt, wo durch eine Initiative der SPD Fraktion besonders vorbildliche, zusätzliche Anstrengungen im Ausbildungsbereich unternommen wurden.

Ich hoffe, dass sich von den Oberprivatisierern der Union und FDP niemand ein Beispiel an der Stadt Stralsund nimmt und demnächst eine Privatisierung unserer Sparkasse fordert. Während sich die Privatbanken insgesamt aus der Fläche zurückziehen, stellt sich die Sparkasse Lüdenscheid erfolgreich den aktuellen Herausforderungen der vorwiegend mittelständischen Wirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir von der SPD unterstützen PPP-Projekte wie die neue Stadtmarketing Gesellschaft.

Allerdings sollten solche Projekte nicht immer 3 Jahre bis zu ihrer Gründung dauern.

Hier wäre ein noch stärkeres Engagement des örtlichen Handels ebenso wünschenswert wie eine engere Kooperation mit dem Management des Stern-Center. Das unsere Marketing

Bemühungen auch in diesem Jahr durch einen Zuschuss des Landes NRW zu den Lichttrouten mit 70.000 € gefördert werden ist dabei eine willkommene Hilfe.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen kleinen Nebensatz. Der Begriff „Lüdenscheid-Stadt des Lichts“ taucht meines Wissens zum ersten mal im Kommunalwahlprogramm 99 der Lüdenscheider SPD auf. Bitte das Copyright zukünftig beachten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Zu einer erfolgreichen Wirtschaftsförderung gehört die Bereitstellung von Gewerbe- und Industrieflächen, auch bei konjunkturbedingter, geringer Nachfrage, aber auch eine aktive Standortsicherungspolitik. Deshalb finden interkommunale Projekte, wie das Gewerbegebiet Rosmart selbstverständlich meine aktive Unterstützung, .

Wir müssen aber stärker unsere eigenen Möglichkeiten nutzen, z.B. bei Sanierungsgebieten wie der Bahnhofsfäche Langwierige Entscheidungswege müssen verkürzt werden, denn diese Flächen sind wichtig für die Entwicklungsmöglichkeiten der Institute des EGC.

Gerade für moderne Technologie- und Dienstleistungsbetriebe benötigen wir als Perspektive solche Flächen. Hier müsste ein Bürgermeister aktiver sein, als es der derzeitige Amtsinhaber ist.

Einrichtungen wie Lichtinstitut oder Kunststoffinstitut benötigen unsere konzentrierte Unterstützung und vor allem die aktive politische Fürsprache bei den Förderinstitutionen in Düsseldorf und Berlin. Wie wichtig solche Fürsprache ist, zeigen die jüngsten, positiven Entscheidungen über Projektförderungen beim Kunststoffinstitut. Nicht das ständige Kritikastern sondern beharrliche und stille Lobbyarbeit im positiven Sinne haben sich hier als äußerst wirkungsvoll erwiesen.

Das genaue Gegenteil von aktiver Wirtschaftsförderung sind Diskussionen wie die um die Ansiedlung des Lidl-Marktes an der Kölner Strasse. Da sollten in unserer Stadt Millionen investiert

werden, die den Wettbewerb zugunsten von Verbrauchern verstärken würden. Auf einmal werden Halbsätze aus Gutachten herangezogen, um Investitionsblockaden zu begründen. Statt Sachorientierung stehen Animositäten der CDU gegenüber bestimmten Investoren im Vordergrund.

Und Bürgermeister Schmidt.??...der kam in dieser Auseinandersetzung überhaupt nicht vor. Und in der LN vom 22.11.2003 war in diesem Zusammenhang zu lesen: Inzwischen“ genießt das Bauamt mittlerweile den Ruf einer Bauverhinderungsbehörde“.

Ich kann mich nur freuen, dass sich für den Standort Brügge unsere Ratsvertreterin Christa Stahlschmidt so erfolgreich eingesetzt hat, wer weiß, was es bedeutet hätte , wenn das Verfahren in Brügge von der Verwaltung ähnlich wie an der Kölner Strasse betrieben worden wäre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Existenz vieler Lüdenscheider Betriebe, ist vor allem durch das engagierte Mitwirken der verantwortlichen Betriebsräte und ihrer Gewerkschaft, der IG Metall, gerettet worden. Neue Perspektiven werden häufig erst durch diesen Einsatz ermöglicht. Deshalb betrachte ich den Ausbau von Kontakten zu Betriebsräten und ihren Gewerkschaften als einen meiner wichtigsten politischen Schwerpunkte. Dieser Kontakt sollte genauso wichtig sein, wie die selbstverständlichen Gespräche mit Geschäftsführungen, Kammern und Arbeitgeberverbänden. Städtische Wirtschaftsförderung kann nur als kommunales Netzwerk aller am Wirtschaftsleben Beteiligter erfolgreich sein., Erfolg bedeutet konkret vor allem Absicherung von Existenzgründungen, Hilfe bei Betriebsübergaben , Fördermittelberatung, Hilfe bei der Sicherung vorhandener Arbeitsplätze .

Nun besteht Wirtschaftsförderung in einer Stadt natürlich nicht allein aus möglichst günstigen ökonomischer Rahmenbedingungen oder niedrigen Steuersätze (hier war die gegenwärtige Ratsmehrheit ohnehin nicht sonderlich erfolgreich siehe Gewerbesteuererhöhung im Rahmen des HSK) sondern

auch in einem attraktiven kulturellen Umfeld. Viele am Wirtschaftleben Beteiligte nutzen Kooperationsmöglichkeiten mit unseren Kultureinrichtungen.

Die breite Akzeptanz bei den Lüdenscheider Bürgerinnen und Bürgern spiegelt sich in entsprechenden Besucher und Benutzerzahlen wider. Dazu gehört auch das Jugendkulturbüro, dass 1999 aufgrund eines Antrages der SPD Fraktion eingerichtet wurde.

Die Öffnung der Kultur ins Freie hat sich, trotz des berüchtigten Lüdenscheider Wetters, mehr als bewährt und wird durch erfolgreiche Privatinitiativen wie dem Nachtflug nachhaltig gestärkt. Dies gilt es zu fördern und auszubauen und dabei die bewährte Infrastruktur aber nicht zugunsten gelegentlicher „High-Lights“ zu vernachlässigen. So wichtig und gut es ist, Konzerte und Veranstaltungen möglichst vor ausverkauftem Haus oder Bühne zu erleben, so wichtig bleibt es, dass möglichst alle Interessenten an Musikunterricht bedient werden, das in unserer Stadtbücherei moderne Medien zur Verfügung stehen, sich viele Lüdenscheider zu attraktiven Ausstellungen in ihrem Museum treffen können oder Kinder in den Schulen an das aktive Theaterspiel herangeführt werden können und ihnen dazu entsprechende Spielstätten zur Verfügung stehen. (Stichwort Mehrzweckraum Tinsberger Schule...).

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Zustimmung zu diesem Haushalt bedeutet keineswegs den Verzicht auf Kritik an der sehr einseitigen Sicht unserer Stadt durch die derzeitige Ratsmehrheit. Eine Stadt allein vom Zentrum mit Radius 150 m rings um das Rathaus zu betrachten, kann nicht der richtige Weg für die Zukunft unserer Stadt sein.

Natürlich wünschen sich viele Bürger eine attraktive und anziehende Innenstadt. Wir als SPD in Lüdenscheid haben eine Sanierung der Innenstadt immer unterstützt, allerdings mit Augenmass.

Sanierung der Gebäudesubstanz, ein bürgerfreundliches Rathaus mit modernen Arbeitsplätzen sind wichtig. Ebenso die offene und für unterschiedliche Nutzungen vorgesehene Gestaltung der Plätze.

Aber aus gutem Grund waren wir gegen die überdimensionierten Ausgabe für die Parkpalette im Rathausinnenhof. Für knapp 40 zusätzliche Parkplätze rund 1,5 Millionen € auszugeben, ist für uns angesichts der Haushaltslage der Stadt Lüdenscheid nicht vertretbar. Jeder Lüdenscheider Autofahrer kennt die Stauprobleme in der Altenaer Strasse kennt, die durch zusätzlichen Parksuchverkehr nur noch verstärkt werden. Eine attraktivere Innenstadt nützt wenig, wenn ihre Erreichbarkeit durch den ÖPNV nicht verbessert wird. Aus diesem Grund gehören für uns verbesserte Busspuren, Vorrangschaltungen und attraktive Haltestellenbereiche gleichberechtigt in diesen Investitionsrahmen. Auf Antrag der SPD Fraktion ist im Sommer letzten Jahres vom Rat der Bereich des Zentralen Omnibus Bahnhofes (ZOB) am Sauerfeld in das Investitionsprogramm aufgenommen worden. Die jetzt vorliegenden Pläne, einschließlich der längst überfälligen Erneuerung der Rolltreppe, sind ein Erfolg der SPD Fraktion.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im unmittelbaren Zentrum der Stadt lebt eine kleine Minderheit der Bevölkerung. Daher müssen wir Möglichkeiten für Verbesserungen in den Stadtteilen eröffnen. Und wer könnte sinnvolle Vorschläge für solche Verbesserungen besser entwickeln, als die Menschen die dort leben ? Die bereits existierenden Stadtteilkonferenzen zeigen deutlich, wie so etwas funktionieren kann.

Eine SPD geführte Ratsmehrheit mit einem Bürgermeister Dzewas würde in der Weiterentwicklung solcher Formen von nachhaltiger Beteiligung der Bürger einen wichtigen Schwerpunkt sehen, statt viel Geld für teure Alibi/Prestigeveranstaltungen wie „Auf die Plätze.....“ auszugeben.

Wie groß die Bereitschaft von Lüdenscheider Bürgerinnen und Bürgern ist, sich aktiv für die Entwicklung unserer Stadt einzusetzen, hat das Bündnis für Zivilcourage und Toleranz, gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Diese verlässliche Arbeitsgemeinschaft, sorgt dafür, dass es in unserer Stadt für neonazistisches Gedankengut

und Rassismus keine breite Basis gibt. Wir täten gut daran, die finanzielle Förderung, die wir zu Beginn dieses Prozesses für vorbildliche Aktionen und Projekte im Jugend- und Schulbereich für zur Verfügung gestellt haben, in angepasster Form wiederaufleben zu lassen.

Auch das Wiederanlaufen des Agenda Prozesses ist ein hoffnungsvolles Zeichen für die Bereitschaft der Lüdenscheider, sich engagiert für ihr Gemeinwesen einzusetzen. Die Verzögerung dieses Prozesses hat mit einer personellen Fehlentscheidung zu tun, für die meine Fraktion nun wirklich keine Verantwortung zu übernehmen hat. Um so positiver ist die Beharrlichkeit der Bürgerinnen und Bürger zu werten, die, trotz dieser langen Phase des fehlenden Engagements von Seiten der Verwaltungsspitze, diesen Prozess so aktiv und verantwortlich gestalten. An Frau Willfart, die diesen Prozess geschickt unterstützt und koordiniert, von dieser Stelle mein herzlicher Dank.

Lebendige Institutionen wie der Stadtjugendring, der Sportverband, aber auch das Selbsthilfehaus mit der Ehrenamtsbörse, um nur einige zu nennen, zeigen die Bereitschaft der Menschen in Lüdenscheid sich auch langfristig ehrenamtlich zu engagieren. Ehrenamt benötigt aber verlässliche Unterstützung und keinesfalls kurzfristige, pauschale Kürzungen, wie beim HSK im Jahr 2002 geschehen, die keine nennenswerten Konsolidierungseffekte gebracht haben, dafür aber eine völlig falsche Signalwirkung bedeuten. Beim Ehrenamt kürzen und in Sonntagsreden die Bürgergesellschaft fordern ist unglaubwürdig. Glücklicherweise ist es im Herbst vergangenen Jahres gelungen, für 2004 geplante Kürzungen im Jugendbereich zu verhindern, sicher auch wegen der massiven Ablehnung solcher Streichungen durch die SPD.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir nun, auf einige Perspektiven städtischer Entwicklung einzugehen, die im Haushaltsplan weitestgehend fehlen. Diese scheinen dem derzeitigen Verwaltungschef, Bürgermeister Schmidt, nicht so wichtig zu sein.

Zu den verbesserten Möglichkeiten der Investitionen im Sportbereich mit der neuen Pauschale des Landes ist nichts zu Hören oder Sehen, für 2004 immerhin 191.000 € Oder sind Entwicklungen in der Landespolitik immer nur dann interessant, wenn man sich mit ihnen besonders kritisch auseinandersetzen kann ??

Dabei trägt bekanntermaßen ein gut ausgebautes Sportangebot ganz wesentlich zu einer lebens- und liebenswerten Stadt bei. Wir von der SPD wünschen uns übrigens vom verantwortlichen Dezernenten für den Sport bei der Nachfolgefrage des demnächst ausscheidenden Leiters der Sportabteilung ein stärkeres Engagement- auch im Interesse der Lüdenscheider Sportvereine.

Seit 1996 verliert die Stadt Lüdenscheid dauerhaft an Bevölkerung. Dazu kommt der demographische Wandel, Stichwort „mehr ältere Menschen, weniger Jugend“.

Schon bei der Finanzierung einer umfassenden Befragung zu aktuellen, aber auch zur Vorstellung zukünftiger Wohnformen von Senioren in unserer Stadt, fiel der CDU Mehrheit nicht besseres ein, als der Ruf nach „Sponsoring“. So elementar dieses Instrument für die vielfältigsten Bereiche als Anschubfinanzierung ist: Es kann doch nicht richtig sein, bei zentralen Aufgaben städtischer Sozialplanung auf solche unsicheren Finanzierungselemente zu setzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das immer weniger Kinder in Lüdenscheid leben, sollten wir nicht schicksalsergeben hinnehmen.

Konkrete Schritte zur Stärkung von Familien mit Kindern müssen folgen.

Die SPD Ratsfraktion hat erste Initiativen ergriffen:

***Ausweisung von entsprechend günstigen Baugrundstücken für Familien mit mehreren Kindern.**

***Initiative zur Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote, speziell für Kinder zwischen 2- 3 Jahren, generelle Ausweitung**

des Angebotes für unter 3 jährige. (Verweis auf die abgelaufene Diskussion der letzten Wochen)

***Bessere Angebote für Kinder in den Schulen. (siehe aktuelle Differenzen zur offenen Ganztagesgrundschule)**

***Die SPD Fraktion hat durchgesetzt, das im Erdgeschoss des neuen Rathauses ein Eltern-Kind-Bereich mit Betreuung umgesetzt wird.**

Alle Versuche der Konservativen, die offene Ganztagsgrundschule möglichst wenig attraktiv zu gestalten, sind am offensichtlichen Elternwillen gescheitert. Obwohl nur an 4 Standorten Elternbefragungen stattfanden, wünschen allein dort annähernd 100 Eltern für ihre Kinder ein solches Angebot. Dies hätte bei klassischem Hortangebot allein an zusätzlichem, städtischem Zuschuss 300.000 €jährlich bedeutet.

Warum nun aber ausgerechnet die offene Ganztagesgrundschule für die Stadt beinahe zum Nulltarif sein sollte, ist weder für mich noch für die betroffenen Eltern nachvollziehbar.

Glücklicherweise ist durch den erzielten Kompromiss zwischen CDU und SPD erreicht worden, das zur finanziellen Absicherung sinnvoller pädagogischer Konzepte freier Träger bei Bedarf sehr wohl ein städtischer Zuschuss gezahlt werden kann.

Kritik von Seiten der SPD gibt es aber weiterhin an der Art der Erhebung des Elternbeitrages. Hier könnte man meinen, es gehe darum Eltern mit geringeren Einkommen von diesem Angebot auszuschließen. Um dies einmal beispielhaft auf die Verwaltung zu beziehen, da wird für das Kind einer Reinigungskraft der gleiche Beitrag von 50 €erhoben wie für das Kind , na sagen wir mal, einer Baudezernentin.

Es scheint ein ähnliches Prinzip wie bei den unsozialen Vorstellungen bezüglich der sogenannten „Kopfpauschale“ im Gesundheitswesen zu gelten. Gleicher Betrag für alle, also für Einkommensmillionäre und für 400 €Kräfte bedeutet wirklich nur formale Gleichheit ist aber für weniger Betuchte eine grosse soziale Ungerechtigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir Sozialdemokraten wollen das Ja zu mehr Kindern wirksam unterstützen, damit es in Lüdenscheid kein Nachteil ist, mit Kindern zu leben und sich das Wahrnehmen von Betreuungsangeboten nicht nach dem Geldbeutel der Eltern richten muss.

Jeder weiß, die junge Generation ist unser wichtigstes Zukunftskapital. Um so erstaunlicher, das sich davon wenig im Haushaltsplan und nichts wesentliches im Investitionsplan wiederfindet.

So schön es ist, das durch das Förderprogramm des Landes NRW in diesem Jahr als ein Höhepunkt ein Lichtspielplatz geplant ist, zur dauerhaften Förderung von Kindern und Familien gehört ein vernünftig ausgestattetes Programm zur Verbesserung der Lüdenscheider Spielplätze in Stadtteilen, in denen es viele Familien mit Kindern gibt und wo es an natürlichen Spielmöglichkeiten fehlt. Dies wäre ein deutliches Signal für Familien mit Kindern, dass ihre Bedürfnisse angemessen berücksichtigt werden.

Die Bildungseinrichtungen in unserer Stadt sollten wir so attraktiv wie möglich zu gestalten, um uns gerade hier im Wettbewerb zu profilieren. Inzwischen ist ja auch der Sozialdezernenten zu der Einsicht gekommen, dass der von SPD und Grünen gegen den erbitterten Widerstand der CDU durchgesetzte Standard mit 2 Fachkräften in Kindertagesstätten dem Bildungsauftrag dieser Einrichtungen besser gerecht wird. Ein Ruf als Stadt, die sich vor allem um die Förderung von Bildung ihres bemüht, würde es sicher leichter machen, profilierte und engagierte Lehrkräfte zu gewinnen, aber auch zu halten. In diesen Bereichen, die Schwerpunkt für Zukunftsinvestitionen sein müssten, erleben wir aber bei derzeitigen Ratsmehrheit , dass es bei den Strukturveränderungen im Kindertagesstättenbereich vor allem um Einsparungen gehen sollte, oder kein Geld für eine

sinnvolle Brandschutzterre an einer Grundschule bewilligt wurde. (Artikel LN)

Und auch der Kämmerer Herr Blasweiler musste in den letzten Tagen, wie ich aus der WR erfahren habe, Schülerinnen und Schülern aus unserer Stadt versuchen zu erklären, warum für die Innenstadt die notwendigen Mittel vorhanden sind, es aber zumindest für die betroffenen Schülerinnen und Schüler offensichtlich an Mitteln für Schulmöbel fehlt.

So ist es wenig verwunderlich, dass hinsichtlich einer Schulentwicklungsplanung für unsere Stadt seit langem Funkstille herrscht. Da meldet sich mal die eine Schule, wie kürzlich am Staberg, wegen akuter Raumprobleme, Ganztageschulen müssen regelmäßig Schülerinnen und Schüler abweisen, da gibt einen Run auf bestimmte Schulformen, während andere immer weniger nachgefragt werden. Wenn überhaupt, wird kurzfristig reagiert, von Überlegungen hinsichtlich tragbarer Zukunftskonzepte und Umstrukturierungen im Bildungsbereich gibt es seit Jahren im Rathaus nichts zu vermelden.

Die Tatsache, dass der Bürgermeister seinen Dezenten in den gerade aufgezeigten Bereichen offensichtlich keine entsprechende Arbeitsaufträge erteilt hat, verstärkt den Eindruck eines sehr einseitigen Verständnisses der von Stadtentwicklung.

Das sich Investitionen in verbesserte Bildungs- und Betreuungsangebote im wahrsten Sinne des Wortes lohnen können, zeigt die münsterländische Gemeinde Laer. Durch gezielte kommunale Familien und Bildungspolitik liegt die durchschnittliche Kinderzahl pro Familie hier erheblich über dem Bundesdurchschnitt, Wachstum und Zuzüge statt Abwanderung bestimmen dort die Entwicklung. Dies sollten wir auch in Lüdenscheid anstreben, denn wir haben in vielen Bereichen eine Infrastruktur, die auf 80.000 Einwohner ausgelegt ist. Auch die Finanzaufweisungen richten sich u.a. nach der Bevölkerungszahl.

Sie sehen, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt durchaus überzeugende Alternativen zu ihrer Politik und ihren einseitigen Schwerpunkten.

Wir benötigen in den nächsten Jahren ein Umsteuern von Investitionen in Richtung Familie, Kinder und Bildung. Unsere Politik in Lüdenscheid muss mehr Wert auf attraktive Stadtteile mit vernünftiger Infrastruktur und lebendigen Vereinen legen.

Wir als SPD vor Ort wollen und werden die möglichen Antworten auf diese Fragen im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt Lüdenscheid suchen. Mit einem solchen Programm werden wir uns bewusst als Alternative zur derzeitigen Ratsmehrheit und ihrem Bürgermeister im September diesen Jahres zur Wahl stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die SPD Fraktion im Rat der Stadt Lüdenscheid hat seit 1999 ihre Aufgabe immer als konstruktiv begriffen und zu den anstehenden Fragen und Problemen sachgerechte Antworten und Vorschläge entwickelt. Dies war auch unsere Marschroute bei diesen Haushaltsplanberatungen. Eine ähnlich sachorientierte Haltung hätten wir uns bei den Ausschussberatungen auch von der derzeitigen Ratsmehrheit gewünscht. Glücklicherweise haben sich zum Schluss in der CDU die Kräfte durchgesetzt, die wissen, dass ganz besonders die Kommunalpolitik, vom fairen Kompromiss lebt.

Die schnellen baulichen Verbesserungen am Sauerfeld, die Wiederherstellung der Rolltreppe, die Absicherung des Selbsthilfehauses, die Sicherstellung der Kinderbetreuung im Erdgeschoss des neugestalteten Rathauses, aber auch der in Aussicht gestellte verbesserte kommunale Anteil an der Arbeit in der offenen Ganztagesgrundschule sind Beispiele für Erfolge der SPD Fraktion bei den diesjährigen Haushaltsplanberatungen. Zusammen mit den Eckdaten für das Jahr 2004 sind diese Gesichtspunkte letztendlich ausschlaggebend für das Ja meiner Fraktion zum diesjährigen Haushalt.

Mein besonderer Dank gilt von dieser Stelle all den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, an ihrer Spitze dem Kämmerer Herrn Blasweiler und Herrn Walker als zuständigem Amtsleiter, die bei der Aufstellung dieses Haushaltsplanes mitgewirkt haben und uns durch die Ausschussberatungen sach- und fachkundig begleitet haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte verzeihen Sie mir, dass ich die Geduld des ein oder der anderen sicher auf eine harte Probe gestellt habe, aber da dies meine erste Haushaltsrede und gleichzeitig die letzte vor den Kommunalwahlen im September diesen Jahres war, habe ich bewusst an der ein oder anderen Stelle Dinge ausführlicher dargestellt und argumentiert.

Ich bedanke mich deshalb noch einmal ausdrücklich für ihre Geduld und ihre Aufmerksamkeit.